



Parteiprogramm der CVP Schweiz

Verabschiedet durch den Parteikongress
der CVP Schweiz am
18. September 2004 in Bern.

Inhalt





Erster Teil

Unsere Charta für eine liberal-soziale Schweiz Seite 4

.....

Zweiter Teil

Unsere Schwerpunkte für eine liberal-soziale Zukunft Seite 10

.....

Dritter Teil

Unsere liberal-sozialen Positionen Seite 22

.....

Erster Teil

Unsere Charta für eine liberal-soziale Schweiz

Für Eigenverantwortung und Solidarität



Charta für eine liberal-soziale Schweiz: eine freie und solidarische Gemeinschaft

Für Menschen und Gemeinschaft

Das Schweizervolk hat über Generationen erfolgreich eine Gesellschaft, einen Staat und eine Wirtschaft aufgebaut. Die Gemeinschaft Schweiz beruht auf der Freiheit des Individuums, dem friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen und dem gerechten sozialen Ausgleich. Die Gemeinschaft Schweiz steht auf dem Fundament christlich-demokratischer Werte. Wir sind stolz auf unsere Gemeinschaft. Wir wollen sie bewahren und weiter entwickeln. Wir orientieren uns dabei an den ethischen Werten dieses historischen Erbes.

1. Unsere Leitsätze

Unsere Politik stellt den Menschen und die Gemeinschaft ins Zentrum. Wir gestalten das Zusammenleben gemäss einem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild. Diese sind nicht an eine Konfession gebunden. Das Kapital hat den Menschen zu dienen und nicht die Menschen zu beherrschen.

1. Menschenwürde

Die Menschenwürde ist unantastbar und unteilbar. Wir wollen sie gegen staatliche und private Gewalt verteidigen. Ungerechtigkeit, Machtmissbrauch, Unterdrückung und Entmenschlichung lehnen wir ab. Wir setzen die Menschenrechtskonvention um.

2. Freiheit und Verantwortung

Wir respektieren die Freiheit jedes Menschen. Es gibt in keiner Gemeinschaft uneingeschränkte Freiheit. Zur Freiheit gehört auch die Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber. Damit jeder Mensch in Freiheit und Verantwortung handeln kann, streben wir Chancengleichheit an.

3. Solidarität

Wir kämpfen für eine gerechte und solidarische Schweiz. Alle Menschen, Gemeinschaften und Parteien unseres Landes sind verpflichtet, den Blick fürs Ganze nicht aus den Augen zu verlieren. Wir setzen auf die Solidarität im Kleinen, die Hilfsbereitschaft, die Toleranz und die Zuwendung zu den Mitmenschen.

4. Gemeinschaft und Gemeinwohl

Wir stärken die vielfältigen Gemeinschaften (Familien, Vereine, Glaubensgemeinschaften, Gemeinden usw.) in unserem Land. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen und bilden die Basis für die Entwicklung des Einzelnen. Wir lehnen es ab, dass Lösungen an Einzelinteressen scheitern, weil der Sinn für das Gemeinwohl fehlt.

5. Subsidiarität

Wir unterstützen durch die öffentliche Hand, durch private und halbstaatliche Institutionen Einzelne, Familien oder staatstragende Gemeinschaften, welche ihre Aufgaben und Verantwortung aus eigener Kraft nicht wahrnehmen können.

6. Föderalismus

Wir stehen für einen föderalistischen Staat mit starken Gemeinden und Kantonen ein. Wir fördern einen gelebten vielsprachigen Föderalismus, gegenseitige Toleranz und nicht schädliche Dominanz.

Wir schaffen Perspektiven, wirtschaftliche Entwicklung und eine sichere Grundversorgung in allen Landesteilen und Regionen.

7. Lebensqualität und Nachhaltigkeit

Wir stehen zu einem nachhaltigen Schutz der Natur und unserer Lebensgrundlagen. Wir sichern die Lebensqualität künftiger Generationen sowie die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen.

8. Demokratie und Rechtsstaat

Wir schützen die Demokratie und den Rechtsstaat als unverzichtbare Grundpfeiler der Gemeinschaft Schweiz. Wir garantieren Mitsprache, Sicherheit, Rechtsgleichheit und Schutz vor Willkür und Diskriminierung.

2. Unsere Herausforderungen

Wir packen die Herausforderungen an, mit welchen die Schweiz konfrontiert ist:

- Die Geburtenraten sind auf einen Tiefpunkt gesunken: Die Zahl der schweizerischen Bevölkerung verringert sich pro Generation um einen Drittel.
- Die Sozialwerke drohen unter dieser Last zusammenzubrechen: Immer mehr Menschen beziehen Rente – immer weniger sind erwerbstätig.
- Die Anspruchshaltung an den Staat überfordert.
- Die Wirtschaft stagniert und schafft nicht mehr genügend Arbeitsplätze für alle.
- Die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Randregionen nehmen zu.

- Die Gesundheitskosten explodieren.
- Die Qualität in der Bildung sinkt; die Zukunftschancen der Kinder variieren von Region zu Region.
- Die Lebensgrundlagen werden übernutzt und zerstört.
- Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.
- Die Werte zerfallen, und die Ehrfurcht vor dem Leben schwindet.
- Die Gewaltbereitschaft steigt.
- Die Staatsverschuldung schränkt kommende Generationen ein.
- Die Reformen stauen sich: Die Polarisierung in der schweizerischen Politik verunmöglicht Lösungen.
- Die Rolle der Schweiz gegenüber Europa und der internationalen Gemeinschaft ist geschwächt.

3. Unsere Ziele

Unsere Politik ermöglicht ausgewogene Lösungen und bringt die Schweiz vorwärts. Wir sind die wirtschaftsfreundliche, sozial verantwortliche und eigenständige Kraft neben den politischen Polen; deren unerfüllbare Forderungen blockieren das Land und verursachen einen Reformstau. Unsere Reformen beruhen auf der sachlichen Auseinandersetzung, auf unserer liberal-sozialen Grundhaltung und dem geordneten Zusammenleben der Menschen.

1. Liberal-soziale Marktwirtschaft

Wir kämpfen für eine liberal-soziale nachhaltige Marktwirtschaft. Unser Staat und die Sozialpartner schaffen die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum. Die Unternehmungen und die private Initiative sorgen für das Wachstum. Eine dynamische Wirtschaft sorgt für Vollbeschäftigung, familienfreundliche Arbeitsmodelle und die Sicherung

der Sozialwerke. Wir streben ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von jährlich zwei Prozent an. Eine wachsende Wirtschaft ist der Schlüsselfaktor für einen agilen Staat. Unternehmerisches Handeln muss der Allgemeinheit Nutzen stiften. Wir sorgen für die wirtschaftliche Entwicklung im Dienste des Menschen: Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt. Wir bekämpfen Marktverzerrungen und fördern den fairen Wettbewerb. Wir stellen uns dem internationalen Wettbewerb und wollen unsere Position stärken.

2. Starke Familien

Die Familie ist eine Lebensgemeinschaft mit Kindern, in der die Eltern – unabhängig von der Lebensform – die Verantwortung für das Wohlergehen und die Entwicklung der Kinder tragen. Im Schoss der Familie erlernen die Kinder am einfachsten Verantwortung zu tragen und sie erleben Solidaritäts- und Gemeinschaftssinn. Diese Werte tragen sie in die Gemeinschaft Schweiz.

Wir setzen uns für Familien und Kinder ein. Die Familien liegen uns besonders am Herzen, weil der Mensch im Zentrum unserer Bemühungen steht. Sie vermitteln Geborgenheit, grundlegende Werte wie Verantwortung, Solidarität und Gemeinschaftssinn. In der Familiengemeinschaft entwickeln sich Kinder zu selbständigen Persönlichkeiten. Die Familie ist die «Keimzelle» unserer Gemeinschaft Schweiz. Wir unterstützen Eltern, Grosseltern und Kinder durch ein starkes soziales Netz, durch Angebote für Bildung, Kinderbetreuung und Freizeit und in der Förderung des Zusammenhaltes zwischen den Generationen. Kinder dürfen nicht zu einem Armutsrisiko werden, sie verdienen unabhängig von der Familienform unsere volle Unterstützung.

3. Soziale Sicherheit

Wir sichern die Sozialwerke: Unsere Gesellschaft hat ein menschliches Gesicht mit einem gesunden sozialen Klima. Wir lehnen unverantwortbaren Abbau – aber auch unbezahlbare Ausbaupläne ab. Wir geben den Menschen auch in Zukunft die Sicherheit, dass ihnen der Staat ein würdiges Dasein garantiert, wenn Lebensrisiken eintreten. Unsere Sozialpolitik unterstützt jene, die aus eigener Anstrengung das eingetretene Risiko nicht tragen können. Sie schafft Anreize, damit alle ihr Leben möglichst ohne staatliche Hilfe führen können.

Fehlende Eigenverantwortung und fehlender Leistungswille dürfen aber keinen Anspruch auf staatliche Hilfe zur Folge haben.

4. Leistungsstarkes Bildungssystem

Wir wollen ein offenes, effizientes, leistungsorientiertes und international erstklassiges Bildungs- und Forschungssystem. Bildung vermittelt Wissen und Werte und schafft Nutzen für die Wirtschaft. Geringe Bildung ist ein Armutsrisiko. Wir verbessern den Zugang zur Bildung. Forschung und Bildung sind zentrale private und öffentliche Aufgaben. Wir bauen das Schweizer Berufsbildungssystem mit seiner Kombination von betrieblicher und schulischer Ausbildung bedürfnisorientiert aus.

Berufsbildung und Fachhochschulen sind gleichwertige aber nicht gleichartige Wege neben Gymnasium und Universität.

5. Gesunder Mittelstand

Der Mittelstand ist diejenige soziale Schicht in der Gemeinschaft Schweiz, die ihren Lebensunterhalt grundsätzlich aus eigener Kraft bestreiten kann und deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine unabhängige Lebensgestaltung ermöglicht, insbesondere hinsichtlich Bildung, Freizeit und sozialer Sicherheit.

Wir stärken den Mittelstand. Wir schützen ihn vor übermässigen Steuern und Sozialabgaben. Wir eröffnen den Menschen aus sozial tieferen Schichten Perspektiven: Der Mittelstand soll von unten wachsen. Wir unterstützen sozial Schwache mit einem guten Bildungswesen und schaffen Anreize, damit sie sich aus Armut und Sozialhilfeabhängigkeit befreien können.

6. Leistungsfähige KMU

Wir stärken die kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU). Sie stehen für eine nachhaltige Entwicklung und sind das krisenresistente Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir unterstützen die KMU bei der Erfüllung ihrer Ausbildungsaufgaben: Wir bauen administrative Belastungen ab und machen uns für günstige Rahmenbedingungen stark. Wir fördern den Technologietransfer und eine KMU-gerechte Steuerpolitik. Wir machen die selbständige Erwerbstätigkeit attraktiver und unterstützen die Gründung neuer KMU.

7. Schutz der Umwelt

Wir schützen die Umwelt und die natürlichen Ressourcen. Wir wissen, dass nur eine ausgewogene Rücksichtnahme auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir engagieren uns für eine Schweiz, die sich auch international für dieses Ziel einsetzt. Unsere Umweltpolitik baut auf Anreiz statt Verbot, auf praxisnahe

Regeln statt Papiertiger und auf die weit gehende Umsetzung des Verursacherprinzips. Wir steigern die Lebensqualität für unsere Bevölkerung, ohne die Chancen künftiger Generationen zu schmälern.

8. Selbstbewusste und offene Schweiz

Wir wollen eine offene, selbstbewusste und starke Schweiz. Sie wahrt eigene und gemeinsame Interessen. Wir vertiefen unser Verhältnis zu den europäischen Nachbarn und bringen uns international aktiv in die Völkergemeinschaft ein. Wir leisten unseren Beitrag zur Lösung der weltweiten Probleme.

Zweiter Teil

Unsere Schwerpunkte für eine liberal-soziale Zukunft

Für Eigenverantwortung und Solidarität



Wir setzen uns ein:

- für die liberal-soziale Marktwirtschaft.
- für das Wohl der Familien.
- für die Sicherheit der Sozialwerke.

Unsere Schwerpunkte für eine liberal-soziale Zukunft: Arbeit – Familie – soziale Sicherheit:

Wir kämpfen für Solidarität, Eigenverantwortung und die Würde des Menschen. Auf diesen Grundwerten basiert unsere liberal-soziale Vision für eine lebenswerte Schweiz: ein selbstbewusstes, reformorientiertes Land, in dem die Menschen wieder an ihre Zukunft glauben. «Macher» mit Ideen, nicht «Miesmacher» sind gefragt; Menschen, die sich mit Leistungswille und Leistungsbereitschaft den Herausforderungen der Gemeinschaft stellen.

Unsere Schweiz bietet bis 2015:

Eine liberal-soziale Marktwirtschaft: Wir garantieren Vollbeschäftigung durch eine starke Exportwirtschaft und einen attraktiven Standort Schweiz. Dazu gehören ein Spitzenplatz in Forschung und Entwicklung, der gesicherte Wissenstransfer von den Hochschulen in die Unternehmungen und halbierte bürokratische Lasten. Unsere Marktordnung

ist gerecht: Ein fairer Wettbewerb senkt die Preise, gleiche Löhne für gleiche Arbeit sind umgesetzt, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft verschwunden.

Starke Familien: Wir bieten wirtschaftliche Sicherheit, finanzielle Entlastung und senken die Krankenkassenprämien für die Kinder. Beruf und Familie sind miteinander vereinbar. Das Wohl der Kinder geniesst höchsten Stellenwert, und der Schutz der Kinder ist ausreichend verankert. Die Gesellschaft anerkennt die Leistungen der Familien, und die Schweiz ist ein kinderfreundliches Land.

Soziale Sicherheit: Wir stabilisieren die Gesundheitskosten und sichern die Renten. Wir erhalten das Erreichte und schützen die Menschen vor Lebensrisiken. Wir schaffen Perspektiven und Hilfe

zur Selbsthilfe für den sozialen Aufstieg. Wir schaffen Anreize für die Eigeninitiative und bekämpfen Missbrauch gezielt. Wir versprechen keinen Ausbau, den wir nicht zahlen können.

Unsere Vision ist ein konkreter Plan für mehr Lebensqualität: Wenn der Mittelstand wieder wächst, wenn junge Familien wieder Perspektiven sehen und wenn kleine und mittlere Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen, dann gewinnt unser Land an Lebensqualität zurück – das Ziel liberal-sozialer Politik.

Mit Sorge erfüllt uns die aktuelle politische Situation: Nichts geht mehr; Blockade und Reformstau lähmen unser Land. Wir haben zehn verlorene Jahre aufzuholen: Je mehr die Zentrumskräfte in unserem Land geschwächt wurden, desto weniger wurden Zukunftslösungen für die Schweiz möglich. Starten wir die Aufholjagd: aus dem Zentrum nach vorn!

1. Wir kämpfen für die liberal-soziale Marktwirtschaft und eine gerechte Marktordnung

Wo die Probleme liegen

Die Schweiz stagniert, fällt international gegenüber der Konkurrenz zurück und verliert an Wohlstand. Wir bezahlen im internationalen Vergleich viel zu hohe Preise: Kartelle und Abschottung sind der Grund. «Wachstum» war jahrelang ein Schimpfwort für die Linken; neue Auflagen und Regeln ihr Steckenpferd: Mittlerweile geben Schweizer Unternehmen rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder sieben Milliarden Franken für die Bewältigung administrativer Belastungen aus – viel zu viel!

Die Rechten sind für den wirtschaftlichen und politischen Isolationskurs verantwortlich. Die Folgen spüren wir heute. Die anhaltende Erwerbslosigkeit ist eine wirtschaftliche Realität. Die Agglomerationen – einst Wirtschaftsmotoren – stottern im Vergleich mit den städtischen Ballungsgebieten in Europa. Jungen und innovativen Unternehmerpersönlichkeiten rauben wir mit einem unsinnigen Dickicht an Vorschriften die Lust auf die Selbständigkeit. Der Glaube an eine gerechte Wirtschaftsordnung ist mit den Exzessen einzelner Manager zerbrochen: Niemand kann mehr erklären, warum die Arbeit eines einzelnen hundertfach «wertvoller» als diejenige des einfachen Arbeiters sein soll. Nur die liberal-soziale und nachhaltige Marktwirtschaft beseitigt diese Missstände.

Unsere Vision belebt dieses Ideal von neuem. Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von zwei Prozent ist das Ziel unserer Politik.

Wie wir sie lösen: Unsere Forderungen für Arbeit, Wachstum und Wohlstand

Wir fördern den Standort Schweiz.

1. 1. Wir machen aktive Standortpolitik nach dem «GLAST-Prinzip». G steht für die Verfügbarkeit von Grundstücken; L steht für Logistik, Liegenschaften und Infrastruktur; A steht für die notwendigen Arbeitsbewilligungen; S steht für die innere Sicherheit und politische Stabilität und T schliesslich bedeutet tiefe Steuern.
1. 2. Wir werden die Schweiz durch Innovationskraft, ein international attraktives Steuerklima, erstklassige Infrastrukturen und ein erstklassiges Bildungsniveau wieder an

die Spitze führen. Wir vergleichen uns in diesen Schlüsselfaktoren permanent mit der Konkurrenz im Ausland. Wir zeigen ausländischen Investoren die Vorteile des Standorts Schweiz auf und siedeln aktiv neue Firmen an. Wir bieten international anerkannten Spezialisten und ihren Familien die Personenfreizügigkeit an (die Schweiz hat Gegenrecht).

1. 3. Wir unterstützen die nachhaltige Entwicklung, denn nur auf diese Weise können wir die Verteuerung der Energie und die Umweltverschmutzung in den Griff bekommen sowie eine gleichwertige Verteilung der Ressourcen erzielen.
1. 4. Wir halten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hoch durch eine gesunde Demographie und das Gleichgewicht zwischen den Generationen. Wir erreichen dieses Gleichgewicht durch unsere Familienpolitik und die gesteuerte Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir stärken den Export.

1. 5. Wir befürworten die bilateralen Verträge mit Europa (Bilaterale I und II). Wir schaffen für unsere Wirtschaft den gleichberechtigten Zugang zum europäischen Binnenmarkt – unserem zweiten Heimmarkt. Wir erhalten eine zukunftsgerichtete Exportförderung des Bundes.

Wir sichern den Wissenstransfer und setzen auf Forschung und Entwicklung.

1. 6. Wir investieren mehr Mittel für Bildung, Forschung und Technologie. Wir garantieren einen Spitzenplatz in der Wissenschaft, führende Hochschulen und eine erstklassige

Grundschulausbildung. Wir bekämpfen ineffiziente Bildungsstrukturen und -institute.

1. 7. Wir bauen die Grundlagenforschung aus und fördern den Technologietransfer in den zukunftsorientierten Bereichen (Nanotechnologie, Mikroelektronik, Zukunftstechnologien im Gesundheitsbereich, usw.). Wir halten den Spitzenplatz der Schweiz in der Umweltforschung: Mobilitätsforschung, neue Verkehrstechnologien, natürlich abbaubare Stoffe und erneuerbare Energien sind unsere Spezialitäten.
1. 8. Wir gestalten den Wissenstransfer zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen noch intensiver: Hochschulen und Fachhochschulen sollen sich für überlassenes Know-how finanziell an Start-ups beteiligen können.

Wir bekämpfen die Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft.

1. 9. Wir bekämpfen die Schwarzarbeit rigoros und fordern bessere Kontrollen, vereinfachte Abrechnungsverfahren und härtere Strafen für alle Beteiligten. Jedes illegale Arbeitsverhältnis gefährdet legale Arbeitsplätze: ein gefährlicher volkswirtschaftlicher Schaden! Wir wollen Firmen, die der illegalen Beschäftigung überführt werden, von öffentlichen Aufträgen ausschliessen. Kantone und Gemeinden machen wir Pflichtverstösse durch Publikation von «schwarzen Listen» mit «schwarzen Schafen» zugänglich.

Wir sagen der Hochpreisinsel Schweiz den Kampf an!

1. 10. Wir schaffen Wettbewerb, der die Vielfalt sicher stellt und die Hochpreisinsel Schweiz knackt! Monopole, Kartelle, Preisabsprachen, Handelsbarrieren und Korruption verhindern den funktionierenden, fairen Markt und gleiche Chancen für die Anbieter. Wir wollen faire Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt schaffen: Bei der Öffnung der letzten Meile in der Telekommunikation, bei der Liberalisierung des Strom- und Gasmarkts, im Gesundheitswesen und bei der Post.
1. 11. Wir schaffen staatliche Einschränkungen für Ladenöffnungszeiten ab: Sie hemmen Wettbewerb und Beschäftigung; die Arbeitnehmer schützen wir durch das Arbeitsgesetz.

Wir halbieren die bürokratischen Lasten.

1. 12. Wir halbieren die Bürokratie bei der Mehrwertsteuer (die nur noch eine Handvoll Spezialisten begreift), bei den Sozialversicherungen, den Zollformalitäten, im Handelsregisterwesen, bei Firmengründungen, in der Lehrlingsausbildung und in der Landwirtschaft. Kleinstunternehmen, in welchen Eigentümer und Betriebsleiter dieselbe Person sind, befreien wir von der Revisionspflicht.

Wir fördern Unternehmensgründungen.

1. 13. Wir erhöhen die Zahl der Selbständigerwerbenden in der Schweiz markant: Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten vermitteln die «Option Selbständigkeit» gezielter; bürokratische Hindernisse bei der Unternehmensgründung schaffen

wir aus dem Weg. Wer eine Firma gründen will, soll sich an eine einzige staatliche Stelle wenden können, die bei allen Schritten zur Firmengründung Unterstützung leistet («Guichet unique»).

Wir entlasten die Unternehmen steuerlich.

1. 14. Wir entlasten die Unternehmensnachfolge in Familienbetrieben. Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, sollen bei den Steuern profitieren. Die steuerliche Doppelbelastung auf Risikokapitalien halbieren wir. Wir fördern Investitionen von Schweizer Unternehmungen im Inland.

Wir erhalten den fairen und flexiblen Arbeitsmarkt.

1. 15. Wir lehnen einen Ausbau des Kündigungsschutzes und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ab: Beides verhindert neue Stellen. Sozialpläne sind Sache der Unternehmen und bedürfen keiner gesetzlichen Regelung. Wir ziehen die gelebte Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern immer neuen staatlichen Eingriffen vor.
1. 16. Wir befürworten flexible Arbeitszeiten und Jahresarbeitszeiten. Wir schützen die Arbeit auf Abruf besser: bei Krankheit, Feriengansprüchen oder Schwangerschaft.
1. 17. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeber und Staat das Potenzial und die Erfahrung von älteren Arbeitnehmern wieder vermehrt einbinden. Das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozess hat einen teuren Know-how-Verlust zur Folge.
1. 18. Wir wollen die Ausbildung von Lehrlingen fördern und alle Gebühren dafür abschaf-

fen. Wer sich um öffentliche Aufträge bewirbt und Lehrlinge ausbildet, wird bevorzugt.

1. 19. Wir schätzen den Beitrag und die Erfahrung der älteren Generation für unsere Wirtschaft: Wer freiwillig länger als 65 arbeiten will, soll bei der AHV nicht länger bestraft werden.
1. 20. Wir fördern die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen in Privathaushalten (beispielsweise als Hilfe im Haushalt, bei der Pflege und bei der Betreuung der Kinder). Wir vereinfachen die bürokratischen Auflagen, schaffen steuerliche Abzugsmöglichkeiten für solche Arbeitsverhältnisse und ermöglichen so mehr legale Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten.

Wir setzen das Postulat «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» um.

1. 21. Unser Grundsatz ist: kein öffentlicher Franken für Betriebe mit diskriminierenden Löhnen für die Frauen. Bund, Kantone und Gemeinden vergeben keine Aufträge an Firmen, die vor Gericht wegen diskriminierender Löhne überführt werden.

Wir fördern die Erwerbstätigkeit der Frauen.

1. 22. Wir steigern den Beitrag der Frauen an der Wirtschaftskraft der Schweiz. Dazu braucht es Kinderkrippen, flexible Arbeitszeitmodelle, die Einführung des Mutterschaftsurlaubs und Tagesstrukturen an den Schulen.

Wir fordern Transparenz in der Unternehmensführung.

1. 23. Wir stellen das Vertrauen in die Wirtschaft wieder her: Dazu gehört die Offenlegung der Top-Saläre und die Partizipation der Angestellten am unternehmerischen Erfolg. Für Unternehmen an der Börse (aber auch grosse Organisationen, welche Staatsaufträge erhalten), fordern wir die Einhaltung bestehender Richtlinien.

2. Wir kämpfen für das Wohl der Familie

Wo die Probleme liegen

Viele junge Paare verzichten auf Kinder oder beschränken ihren Kinderwunsch auf ein Kind. Die fehlenden Möglichkeiten, Familie und Beruf für Mann und Frau zu vereinbaren, haben fatale Folgen für die Zukunft unseres Landes. Wir müssen ein kinderfreundlicheres Land werden! Wir wollen, dass die Schweiz punkto Kinderfreundlichkeit und Betreuung markant aufholt. Familien brauchen für die Kindererziehung und Betreuung bessere Rahmenbedingungen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. Familien haben im letzten Jahrzehnt rund zehn Prozent ihrer Kaufkraft verloren: Steigende Abgaben und Gebühren und namentlich die Explosion der Krankenkassenprämien haben den Spielraum der Familien stark eingeschränkt. Kinder dürfen nicht zum Armutsrisiko werden.

Unsere Familienförderung ermöglicht den Eltern die Wahlfreiheit: zwischen teilweiser oder voller Kinderbetreuung auf der einen und teilweiser oder voller Erwerbstätigkeit auf der anderen Seite. Auch für Alleinerziehende muss Berufs- und Familienarbeit vereinbar sein.

Wie wir sie lösen: Mit einem neuen Stellenwert für die Familienpolitik

Wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

2. 1. Wir sagen ja zum Erwerbersatz bei Mutterschaft.
2. 2. Wir unterstützen Angebote für die familienergänzende Kinderbetreuung.
2. 3. Wir befürworten die Schaffung von Tagesstrukturen und Tagesschulen.
2. 4. Wir fördern im Dialog mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Einführung flexibler Arbeitszeiten für Väter und Mütter und familienbedingter Teilzeitarbeit (auch im Kader).
2. 5. Wir unterstützen Angebote für die berufliche Wiedereingliederung und Weiterbildung in der Zeit der Kindererziehung.

Wir kämpfen für Entlastung und wirtschaftliche Sicherheit.

2. 6. Wir bekämpfen die Diskriminierung von verheirateten Paaren und fordern die steuerliche Gleichstellung verheirateter Paare mit Konkubinatspaaren.
2. 7. Wir ermässigen die Krankenkassenprämien entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – insbesondere die Kinderprämien reduzieren wir markant.
2. 8. Wir führen Mindeststandards für Familienzulagen nach dem Motto «ein Kind – eine Zulage» von mindestens 200 Franken für Kinder bis 16 Jahren und von 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung bis 25 Jahren ein.
2. 9. Wir unterstützen Ergänzungsleistungen für Eltern mit tiefen Einkommen auf Bundesebene, um ein ausreichendes Familieneinkommen sicher zu stellen.

2. 10. Wir führen neue Steuerabzüge für Familien ein (Ausbildungsabzug, Alters-, Pflegebetreuungskostenabzug) und erhöhen die bestehenden Abzüge.

Wir fördern preisgünstigen Wohnraum für die Familien.

2. 11. Wir schaffen positive Anreize für das Wohneigentum der Familien und fördern preisgünstigen Wohnraum.
2. 12. Wir berücksichtigen in der Wohnbaupolitik und der Zonenplanung die Bedürfnisse der Familien. In der Gestaltung der Quartiere stehen die Bedürfnisse der Familien im Zentrum.

Wir setzen eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik um.

2. 13. Wir entlasten den Mittelstand gezielter. Markante Erhöhungen der indirekten Steuern haben den Mittelstand in der jüngeren Vergangenheit erheblich belastet: Mehrwertsteuererhöhung für die AHV, Erhöhung der Mineralölsteuer, doppelte Erhöhung der Tabaksteuer, Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Hinzu kommen die Prämien erhöhungen der Krankenkassen. Viele Leistungen (z. B. Kinderrippen, Musikschule) werden heute nach folgendem System angeboten: Die tiefsten Einkommen werden subventioniert, bei den höchsten wird die Belastung limitiert – der Mittelstand zahlt voll. Wir werden den Mittelstand deshalb bei den direkten Steuern erheblich entlasten.

Wir stellen Familienberatungszentren zur Verfügung.

2. 14. Wir setzen uns für regional verankerte Beratungszentren ein, die als Informationsdrehscheibe funktionieren und insbesondere die Bereiche der Kleinkinder und Jugendbetreuung abdecken.
2. 15. Wir setzen uns für regional verankerte Familienberatungsstellen ein, welche sich spezifisch der Elternbildung und der Krisenbewältigung in der Familie widmen.

Wir wollen mehr «Männer am Herd»!

Wir propagieren die bessere Verteilung der familiären Aufgaben.

2. 16. Wir setzen uns dafür ein, dass Männer mehr Erziehungsaufgaben wahrnehmen und sich in der Haushaltsarbeit engagieren.
2. 17. Wir anerkennen die unschätzbaren Leistungen der Familien für die Gemeinschaft. Die Familienarbeit muss von der Öffentlichkeit als Leistungsausweis honoriert werden.

Wir machen uns für die Kinder stark.

2. 18. Wir streben die vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention an.
2. 19. Wir unterstützen mehr Mitsprache der Jugendlichen.
2. 20. Wir schaffen verstärkten Schutz der Kinder vor Gewaltdarstellungen im Internet oder auf Computerspielen.
2. 21. Wir stärken die Prävention und fordern die Mitwirkung der Eltern und Schulen im Bereich der Bekämpfung des Suchtmittelkonsums (Alkohol, Tabak und Drogen).
2. 22. Wir verlangen ein verstärktes koordiniertes Engagement vom Bund und den Kantonen gegen Kinderpornographie, Pädophilie und

Kinderhandel, sowie eine verschärfte Gesetzgebung mit härteren Strafen gegen jegliche Ausbeutung von Kindern.

Wir stärken die Generationenbeziehungen.

2. 23. Wir fordern neue vitale Lebensformen im Alter. Wir setzen uns für eine vermehrte Durchmischung der Generationen ein (z.B. Kindergarten im Altersheim, Mehrgenerationenkonzepte).
2. 24. Wir unterstützen die Beziehungsnetze zwischen den Generationen, Freunden und Verwandten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Wir unterstützen Modelle und Begegnungsformen, bei denen Alt von Jung und umgekehrt profitieren (Junge Menschen vermitteln älteren neue Informationstechnologien, ältere Menschen vermitteln jüngeren Wissen und Werte). Wir stärken die Kompetenzen der jüngeren Generationen in der Begleitung der pflegebedürftigen Menschen. Wir fördern das Verständnis der älteren Generation für die Bedürfnisse der jungen Familien.

3. Wir kämpfen für die Sicherheit der Sozialwerke

Wo die Probleme liegen

Das niedrige Wirtschaftswachstum, die steigende Lebenserwartung, die sinkende Lebensarbeitszeit sowie geringere Renditen an den Kapitalmärkten haben die Altersvorsorge in Schieflage gebracht. Die gesellschaftspolitischen Ziele und Entwicklungen sowie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Generationen erfordern eine Erneuerung und Stärkung des Mehrgenerationen-Vertrags. Die Sicherung der Finanzierung unserer Sozialwerke

setzt die grösste gesellschaftliche Herausforderung für die nächsten 20 Jahre. Während die Rechte den Leistungsabbau propagiert, will die Linke einen Ausbau im Sozialbereich. Unser Staat wird in keiner Art und Weise zu Tode gespart oder ausgehungert: Vielmehr sind die Staatsausgaben seit 1990 massiv gewachsen, die Fiskalquote ist gestiegen und der Personalbestand markant angewachsen. Dennoch gelingt es uns nur noch beschränkt, die anstehenden Probleme aufzufangen.

Wir wollen die Sozialhilfe umbauen nach dem Motto: Leistung muss sich lohnen. Heute trifft dies bei weitem nicht zu. Wer einen Franken zu viel verdient, dem werden Leistungen gestrichen. Das ist ein falsches Anreizsystem. Wer einmal ins System der Sozialhilfe rutscht, der soll mit Eigeninitiative wieder herausfinden – der Staat soll die Eigeninitiative unterstützen.

Wie wir sie lösen: Mit gezielten Reformen der Sozialwerke

Wir sichern die AHV-Renten.

3. 1. Wir richten unsere Politik auf Wirtschaftswachstum und die Entlastung und Förderung der Familien aus. Das Wachstum sichert uns die finanzielle Grundlage für die AHV, die Familienförderung trägt zur demographischen Trendumkehr bei.
3. 2. Wir bringen die Menschen früher in den Erwerbsprozess. Deshalb wollen wir die frühere Einschulung unserer Kinder mit fünf Jahren und den Maturitätsabschluss mit 18 Jahren gesamtschweizerisch verankern. Die Studiendauern verkürzen wir.

3. 3. Wir lenken die Alkohol- und Tabaksteuer vollumfänglich in die AHV. So schaffen wir zusätzliche Mehreinnahmen zur finanziellen Sicherung der AHV. Die Tabaksteuer erhöhen wir Schritt für Schritt bis auf das europäische Niveau.
3. 4. Wir bieten Hand für angemessene Mehrwertsteuererhöhungen, sofern die genannten Massnahmen zur Finanzierung der AHV nicht ausreichen. Hingegen lehnen wir eine Erhöhung der Lohnnebenkosten ab.
3. 5. Wir setzen beim Rentenbezug die Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren um.

Wir flexibilisieren das Rentensystem.

3. 6. Wir führen eine Flexibilisierung des Rentenalters ein, welche sich am aktuellen Rentenalter 65 orientiert. Wer vorzeitig in Pension will, muss Abstriche an der Rente in Kauf nehmen. Es muss möglich sein, den Rentenbezug aufzuschieben.

Wir stärken das Drei-Säulen-Prinzip.

3. 7. Wir halten am bewährten Drei-Säulen-System fest. Ziel ist die Konsolidierung und die finanzielle Sicherung aller drei Säulen: Eine Aushöhlung der AHV, der privaten oder beruflichen Vorsorge oder der Dritten Säule kommt nicht in Frage.
3. 8. Wir treten auch in Zukunft dafür ein, dass die AHV-Renten den Existenzbedarf angemessen decken. Die zweite Säule ermöglicht die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise. Wir halten daran fest und passen die Zweite Säule den gesellschaftlichen Veränderungen an.

3. 9. Wir fordern, dass in der Säule 3a auch Nicht-Erwerbstätige Steuerabzüge machen können.

Wir sichern die BVG-Renten.

3. 10. Wir verhindern in Zukunft risikoreiche Spekulationen und setzen auf ausgewogen angelegte Investitionen mit Pensionskassensgeldern: keine kurzfristigen Gewinne, sondern langfristige Sicherung der zweiten Säule.
3. 11. Wir fordern von den Pensionskassen gegenüber den Versicherten volle Transparenz über die getätigten Anlagen und Investitionen.
3. 12. Wir wollen einen marktbezogenen, transparenten und nachvollziehbaren Mindestzinssatz.
3. 13. Wir mildern die Benachteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt durch die hohen Prämien im BVG: mit einer lineareren Prämienlast und konstanteren Altersgutschriften.

Wir verbessern die Kostenkontrolle im Gesundheitswesen.

3. 14. Wir stehen hinter dem Grundsatz, dass sich die Spitäler aus einem Kanal finanzieren (monistisches System). Die Mitwirkung der Kantone in der Spitalplanung bleibt sichergestellt. Wir verankern dieses System im Gesetz und setzen es bis 2009 in Kraft.
3. 15. Wir verstärken die Zusammenarbeit der Kantone im Gesundheitswesen und schaffen sechs Gesundheitsregionen.

3. 16. Wir treten gegen die massiven Preisunterschiede unserer Medikamente im Vergleich zu den Nachbarländern an. Wir fordern kleinere, konsumenten- und umweltgerechtere Verpackungen von Medikamenten.
3. 17. Wir fordern die Versicherer auf, die vollständige Transparenz in der Rechnungslegung sowie in der Prämiengestaltung zu gewährleisten. Eine strikte Kontrolle der zu bezahlenden Rechnungen ist notwendig.

Wir werden die Kosten stabilisieren.

3. 18. Wir schaffen mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen: Wir führen ein Vertragsmodell zwischen Leistungserbringern und Krankenversicherern sowohl für den ambulanten als auch für den stationären Bereich ein. Dabei sind klare Rahmenbedingungen für die Leistungserbringer, die Krankenversicherer und die Patienten erforderlich.
3. 19. Wir fördern alternative Versicherungsmodelle: Wer sich bei den Medikamenten konsequent Generika verschreiben lässt, wer bei der freien Arztwahl Einschränkungen auf sich nimmt und von Ärztenetzwerken profitiert, der soll weniger Selbstbehalt und Prämien zahlen.
3. 20. Wir führen eine elektronische Gesundheitskarte für alle Patienten ein.
3. 21. Wir unterstützen die Prävention und Gesundheitsförderung. Die Eigenverantwortung der Versicherten sowie deren Sensibilisierung für die Gesundheitsförderung müssen gestärkt werden (Empowerment).

Wir stellen die medizinische Grundversorgung sicher.

3. 22. Wir halten an der obligatorischen Versicherungspflicht fest. Mit der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) wird jeder Bürgerin und jedem Bürger der Zugang zu einer angemessenen Grundversorgung garantiert; der Zugang zur Spitzenmedizin ist für alle gewährleistet. Die Kantone sind für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zuständig.
3. 23. Wir lehnen die Beschränkung medizinischer Leistungen ab einem gewissen Alter entschieden ab: Diese Rationierung wird der Würde des Menschen nicht gerecht.

Wir gewährleisten eine würdige Pflege.

3. 24. Wir sichern jedem Mensch eine umfassende Betreuung, wenn er krank ist und eine würdige Begleitung beim Sterben.
3. 25. Im Zentrum der medizinischen und pflegerischen Betreuung stehen die Patientinnen und Patienten; dabei fördern wir grösstmöglich die Pflege zu Hause.
3. 26. Die Palliativpflege und Palliativmedizin spielt sowohl in den Spitälern, Heimen, Pflegezentren als auch zu Hause eine zentrale Rolle.
3. 27. Wir lehnen die aktive Sterbehilfe ab.

Wir senken die Invalidisierungsrate.

3. 28. Wir reformieren die Invalidenversicherung: Ziel ist die Senkung der Invalidisierungsrate. Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist vordringlich. Der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» hat oberste Priorität.

3. 29. Wir setzen auf die Früherkennung und die rasche Intervention mittels interdisziplinärer Beratung. Ein früher Eingriff erhöht die Chancen der Wiedereingliederung.
3. 30. Wir gewähren den kantonalen IV-Stellen die notwendigen Instrumente, damit sie Kontrollen bei Versicherten im In- und Ausland durchführen können.
3. 31. Wir fordern alle zwei Jahre die Überprüfung der Invalidität für In- und Ausländer. Wir passen die IV-Renten an die Kaufkraft des Empfängerlandes an.
3. 32. Wir belohnen Arbeitgeber, die im Bereich der beruflichen Eingliederung Verantwortung zeigen.
3. 33. Wir führen vor der definitiven Rente eine Übergangsleistung ein.

Wir reformieren die Sozialhilfe.

3. 34. Wir bauen das System der Sozialhilfe nach dem Prinzip «keine Leistung ohne Gegenleistung» um. Für die Betroffenen muss sich jede Erwerbstätigkeit auszahlen. Wir verlangen, dass eine Person, welche Sozialhilfe bezieht, an einem Programm teilnehmen muss, bzw. zu Arbeiten für die Allgemeinheit verpflichtet werden kann. Dies erhöht die Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt enorm. Als Sanktion droht die Streichung von Leistungen.

Dritter Teil

Unsere liberal-sozialen Positionen

Für Eigenverantwortung und Solidarität



Unsere liberal-sozialen Positionen

Bildung fördern: Für ein leistungsstarkes Bildungssystem

Grundsatz: Der Bildung und Forschung kommt für uns erstrangiger Stellenwert zu.

Wir schaffen Rahmenbedingungen, die uns einen internationalen Spitzenplatz garantieren. Die Bildung macht uns die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens bewusst; die Forschung steigert die Innovationskraft unserer Gesellschaft. Forschung und Bildung sind Quellen unseres Wohlstands.

1. Für uns ist die qualitativ hoch stehende Ausbildung der Jugend eine staatliche Kernaufgabe. Sie ist der beste Garant gegen diskriminierende Privatisierungstendenzen.
2. Wir fordern nationale Standards für die wesentlichen Lernziele. Wir messen die Erfüllung dieser Standards periodisch. Wir fordern ein hohes, gleiches Bildungsniveau in allen Landesregionen. Noten sind das geeignete Beurteilungsmittel für individuelle Leistungen. Wir fassen die Bildung beim Bund in einem Departement zusammen.
3. Wir unterstützen die frühere Einschulung unserer Kinder mit fünf Jahren. Unser Ziel ist, dass ein Mittelschulabschluss mit 18 Jahren schweizweit Realität wird.
4. Wir verlangen, dass bis Abschluss der obligatorischen Schulzeit gleichwertige Kenntnisse in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache erlangt werden.
5. Wir bringen jungen Ausländerinnen und Ausländern eine Landessprache bei und machen sie mit Kultur und Geschichte vertraut, bevor sie in die Regelklassen eingegliedert werden. Für Schulklassen mit einem sehr hohen Ausländeranteil fördern wir weitere Integrationsmassnahmen wie Aufgabenhilfen oder Freizeitangebote.
6. Wir fördern das Demokratiebewusstsein unserer Jugend. Polit-Tage an den Schulen sollen Präsentationen von Jungparteien, Podiumsdiskussionen mit Politikerinnen und Politikern oder Besuche von Parlamenten beinhalten.
7. Wir verbannen den Drogenhandel und Drogenkonsum aus dem öffentlichen Raum und insbesondere aus den Schulen.
8. Wir fordern den gezielten Einsatz gegen Gewalt an Schulen: Wir bilden interessierte ältere Schüler und Lehrer als «Peacemakers» aus.
9. Wir sichern das duale Berufsbildungssystem: Teilweiser Lehrstellenmangel und abnehmende Bereitschaft zur Lehrlingsausbildung gefährden die Zukunft der Berufsbildung. Wir errichten eine Berufsbildung, die dem Wechsel von Arbeits- und Berufsfeldern Rechnung trägt und sich auf Grundkompetenzen in Berufsfeldern konzentriert. Wir reduzieren die Zahl der rund 300 Berufe massiv. Die Bedürfnisse der Lehrstellenanbieter werden wir vermehrt berücksichtigen.

10. Wir setzen uns für eine Verkürzung der Studiendauer ein: Die Matur soll mit 18 abgeschlossen werden. Wer auf Hochschulstufe Zwischen- und Schlussprüfungen nicht innerhalb der Bandbreite einer Normstudienzeit abschliesst, soll höhere Studiengebühren bezahlen. Eine massive Erhöhung der Semestergebühren für Erststudien und Studierende, die sich in den Normstudienzeiten bewegen, lehnen wir ab. Die Stipendien haben sich an der Normstudienzeit zu orientieren.
11. Wir legen Studiengänge zwischen den Universitäten zusammen: Nicht alle Universitäten sollen alle Studienfächer anbieten (insbesondere bei äusserst geringen Studentenzahlen). Wir schaffen kostenoptimale Ausbildungs- und Forschungsstrukturen und machen Bundesbeiträge davon abhängig.
12. Wir bauen schweizweit eine kleine Anzahl von Kompetenzzentren auf, die in Forschung und Lehre zur Weltspitze zählen.
13. Die Leitung der Universitäten muss noch professioneller werden. Teilweise herrschen chaotische Zustände bei der Koordination einzelner Studienrichtungen.
14. Wir machen BVG-Beiträge auch für die Bildung zugänglich. So wie sie heute privilegiert für die Errichtung von Wohneigentum eingesetzt werden können, werden wir sie für Weiterbildungen zugänglich machen.

Umwelt und natürliche Ressourcen schützen: Für mehr Lebensqualität

Grundsatz: Wir setzen in unserer Umweltpolitik auf Anreize, das Verursacherprinzip und Lenkungsabgaben – nicht auf eine Verbotspolitik.

15. Wir setzen uns für den Schutz der Natur (Seen, Wälder, Landschaft, Flora und Fauna) ein und anerkennen die Alpenkonvention. Wir unterstützen Kantone und Gemeinden, die National-, Landschafts- und Naturpärke schaffen und durch Mitfinanzierung des Bundes betreiben.
16. Wir unterstützen die nachhaltige Entwicklung sowie die Umsetzung des Kioto-Protokolls.
17. Wir sind für eine gestaffelte, berechenbare Einführung einer CO₂-Abgabe, welche auf europäischer Ebene koordiniert ist.
18. Wir sichern die ausreichende Versorgung mit einheimischem, sicherem und umweltfreundlichem Strom. Wir verhindern die weitgehende Abhängigkeit vom Ausland. Wir nutzen auch die Atomkraft. Wir fördern die einheimische Wasserkraft und andere erneuerbare und zukunftssträchtige Energien. Wir führen das Programm Energie Schweiz weiter.
19. Wir stehen hinter einer ökologischen Steuerreform. Dieses System führen wir staatsquotenneutral ein.
20. Wir lehnen die Privatisierung des Schienenverkehrs ab, unterstützen aber mehr Wettbewerb unter den Betreiberunternehmen.
21. Wir unterstützen weitere Massnahmen zur Verlagerung des grenzüberschreitenden, alpenquerenden Transitverkehrs auf die Schiene: Im Rahmen des Landverkehrsabkommens muss die Schweiz die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe im Transitverkehr markant anhe-

- ben und den Spielraum des Landverkehrsabkommens voll ausschöpfen.
22. Wir bauen das Eisenbahnnetz aus und stellen den Anschluss der Schweiz an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz in alle Richtungen sicher.
 23. Wir lösen die Verkehrsprobleme der Agglomerationen. Ein Teil der Erlöse aus den Treibstoffabgaben soll in den Agglomerationen für ganzheitliche Konzepte (Strasse und Schiene) verwendet werden dürfen.
 24. Wir setzen uns für ein fertiges und sicheres Nationalstrassennetz ohne künstliche Engpässe ein.
 25. Die Benützung des Nationalstrassennetzes ist heute mit der Autobahn-Vignette sehr günstig. Wir planen langfristig ein leistungsabhängiges und verursachergerechtes System. Im Sinne der ökologischen Steuerreform erstatten wir die Mehreinnahmen aus einem solchen System vollständig an Wirtschaft und Bevölkerung zurück.
 26. Mittelgrosse und grosse Städte sollen für die Zufahrt des privaten Individualverkehrs in die Innenstädte Gebühren erheben können (Road-Pricing).
 27. Wir setzen uns für eine Luftfahrtinfrastruktur ein, die weltweit konkurrenzfähig und attraktiv ist. Wir erhalten direkte Interkontinentalverbindungen in die globalen Wirtschaftszentren und Wachstumszentren durch attraktive Landesflughäfen. Wir lehnen die Verstaatlichung der Landesflughäfen ab. Wir machen uns auf internationaler Ebene für die Kerosinbesteuerung stark. Finanzen in den Griff bekommen: Für die Sanierung der Bundesfinanzen Grundsatz: Wir bauen die Verschuldung der Schweiz ab. Täglich zahlen wir zehn Millionen Franken Zinsen. Dieses Geld könnte beispielsweise in die Familien- und Bildungspolitik einfließen.
 28. Wir müssen weiter sparen und die Schuldenbremse umsetzen. Wir achten auf konjunkturverträgliche Sparkpakete und lehnen pure Lastenverschiebungen auf die Kantone ab. Wir bringen die Kosten in den grössten Wachstumsbereichen unter Kontrolle: In der sozialen Wohlfahrt, im Verkehr, in den Beziehungen zum Ausland. Wir schliessen auch sinnvolle Einsparungen in der Landesverteidigung und in der Landwirtschaft nicht aus.
 29. Wir sorgen dafür, dass der Bund jene Gelder eintreibt, die ihm gesetzlich zustehen: Schattenwirtschaft, Hinterziehung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben sowie Schwarzarbeit bekämpfen wir rigoros.
 30. Wir fordern seit Jahren vom Bundesrat eine systematische Überprüfung der Bundesaufgaben und eine konsequente Verzichtsplannung. Wir wollen namhafte zusätzliche Staatsausgaben durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensieren.
 31. Wir erhalten die Substanz des Nationalbankgolds unserer jungen Generation: Die Erträge der Nationalbank müssen, wie in der Verfassung vorgesehen, zu zwei Dritteln den Kantonen und zu einem Drittel dem Bund zukommen.
 32. Wir unterstützen die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen.
 33. Wir führen einen Fonds ein, der karitative, soziale und kulturelle Projekte unterstützt: Wer keiner religiösen Gemeinschaft angehört und deshalb keine Kirchensteuern bezahlt, muss Beiträge in diesen Fonds einzahlen.

Für sichere Nahrungsmittel und den Schutz der Konsumenten: für eine produktive und ökologische Landwirtschaft

Grundsatz: Wir behalten die Direktzahlungen an die Landwirtschaft für gemeinwirtschaftliche Leistungen bei. Zusätzliche Preisstützungen für Landwirtschaftsprodukte bauen wir nach und nach sozialverträglich ab.

34. Wir schützen die Spezialitäten und die traditionellen regionalen Bezeichnungen auf internationaler Ebene. Wir verbessern die Produktinformationen für die Konsumentinnen und Konsumenten: Qualitätsstandards, Herkunft der Produkte und die Erfüllung unserer nationalen Auflagen müssen ersichtlich sein.
35. Wir stellen mit Reformen im Raumplanungs-, Boden- und Pachtrecht sowie bei den Direktzahlungen die landwirtschaftlichen Nutzflächen den aktiven Landwirten zur Verfügung. Wir unterstützen die flexible Umnutzung landwirtschaftlicher Bauten. Wir wollen die Landwirtschaft von den massiven Bürokratie-Auflagen befreien.
36. Wir verankern die Multifunktionalität unserer Landwirtschaft einschliesslich des Rechts auf Ernährungssicherheit in der WTO. Wir setzen uns für einen angemessenen Einfuhrschutz ein.

Innere und äussere Sicherheit ausbauen: für eine sichere Schweiz

Grundsatz: Wir nehmen die innere Sicherheit als staatliche Kernaufgabe wahr. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor und muss vollumfänglich vom Staat garantiert werden.

37. Wir prüfen den Auftrag der Armee grundlegend, passen ihn den neuen Bedrohungsformen (Terror) an und richten ihn auch vermehrt auf die innere Sicherheit aus. Wir definieren den Einsatz der Armee, ihre Strukturen und den Einbezug aller zivilen Notfallorganisationen (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, sanitätsdienstliche Einsatzorganisationen, private Sicherheitsdienste) grundlegend neu. Wir stehen hinter einem Milizheer und wollen keine Berufarmee. Wir unterstützen die angemessene Finanzierung einer glaubwürdigen Armee.
38. Wir setzen die allgemeine Dienstpflicht für alle Männer vehementer durch. Wir nehmen nicht hin, dass sich bald die Hälfte der jungen Schweizer auf dem blauen (sanitarischen) Weg dispensieren lässt. Die Dienstpflicht kann entweder im militärischen Bereich, im Bevölkerungsschutz oder im zivilen Bereich erbracht werden.
39. Wir führen auf Bundesebene die sicherheitsrelevanten Einrichtungen (inkl. Armee) in ein «Departement für Sicherheit» zusammen.
40. Wir harmonisieren die Strukturen der inneren Sicherheit und ermöglichen den regionalen (kantonsübergreifenden) Einsatz der Mittel.
41. Wir stehen hinter dem Schengen-Abkommen: Es verschafft der Schweiz Zugang zu den europäischen Datenbanken der inneren Sicherheit.

42. Wir fordern ein Demonstrationsgesetz, welches Personen- und Sachschaden an Demonstrationen verhindern hilft.
43. Wir wirken in internationalen Organisationen (Europarat, OSZE) auf die Unterstützung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierung und Sicherheit hin. Wir stehen für friedenssichernde Massnahmen (z.B. Blauhelme) ein.
44. Wir leisten einen Beitrag an den Aufbau der militärischen Sicherheit im europäischen Raum. Die Neutralität ist allenfalls neu zu definieren.
47. Wir steuern die Zuwanderung in unser Land aus Nicht-EU/EFTA-Staaten. Wir richten sie qualifikationsorientiert aus. Wir verlängern den Aufenthalt (nach einer Frist), wenn sich die Gesuchstellenden selber um die Integration und den Erwerb einer Landessprache bemühen.
48. Wir geben «Sans Papiers» keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt. Härtefälle sollen von Bund und Kanton im Einzelfall geprüft werden.
49. Wir treten dem Dubliner und dem Schengener Abkommen bei. Das Schengener Informationssystem (SIS) und das Fingerprintsystem Eurodac steigern die innere Sicherheit der Schweiz. Wir bauen Asyl-Rückübernahmeabkommen mit afrikanischen Ländern aus.
50. Wir halten am Arbeitsverbot von drei Monaten für Asylbewerber fest.
51. Wir beschleunigen das Asylverfahren: Wenn möglich wird es bereits an den Empfangsstellen des Bundes abgeschlossen. Wir verkürzen Rechtsmittelfristen.
52. Wir bekämpfen konsequent den Missbrauch: Wer seine Identität nicht preisgibt oder während des Verfahrens straffällig wird, soll prinzipiell kein Asyl erhalten. Wer sich nach Abweisung des Asylgesuchs weiter illegal in der Schweiz aufhält, wird in Ausschaffungshaft genommen.

Eine moderne Migrationspolitik: für Integration und Missbrauchs-bekämpfung

Grundsatz: Wir kontrollieren die Zuwanderung in die Schweiz und senken die Ausländerkriminalität. Wir erhalten die humanitäre Tradition der Schweiz und bekämpfen den Missbrauch des Asylrechts. Die Flüchtlingspolitik respektiert die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention.

45. Wir unterstützen die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, die in unserem Land in die Schule gegangen sind und unsere Sprache sprechen. Kinder, die hier geboren werden, sollen unsere Staatsbürgerschaft erhalten können.
46. Wir wollen, dass das Einbürgerungsverfahren auch in Zukunft von den Kantonen geregelt wird. Wir fordern als objektives Kriterium einen Sprachtest bei der Einbürgerung.

Aktive Aussenpolitik: für eine offene Schweiz

Grundsatz: *Wir wollen unsere Beziehungen zur EU ausbauen, unsere Interessen weltweit wahren und global für unsere Ideale kämpfen.*

53. Wir wollen die bilateralen Verträge I auf die neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten ausdehnen. Wir setzen uns auch für die Bilateralen Verträge II ein.
54. Wir halten der Schweiz in der Europapolitik alle Optionen offen. Wir lehnen eine Einschränkung der aussenpolitischen Handlungsfreiheit ab (z.B. ein kategorisches Nein zum EU-Beitritt).
55. Wir schaffen über sektorielle Abkommen hinaus ein ständiges Komitee für Diskussionen und die Koordination auf höchster Ebene zwischen der Schweiz und der EU. Wir brauchen einen institutionellen Gesprächsrahmen auf allen Ebenen (EU-Kommission, Minister und Funktionäre).
56. Wir bauen die multilateralen Beziehungen der Schweiz weiterhin aus. Die Schweiz ist Mitglied von vielen wichtigen internationalen Organisationen (UNO, OECD, OSZE, WTO etc.). Hier kann sie ihre Interessen einbringen: In einer zunehmend vernetzten Welt sind multilaterale Beziehungen gerade im Wirtschafts- und Finanzbereich von grosser Bedeutung.
57. Für uns sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren! Wir fordern den konsequenten Einsatz gegen den illegalen Frauen- und Kinderhandel, gegen Organhandel, Kinderpornographie, Mädchenbeschneidung, Folter, Rassismus, Diskriminierungen und Kindersoldaten.
58. Wir kämpfen als Neumitglied der UNO global gegen Armut, Elend, Krankheit, Aids, Seuchen, fehlendes Trinkwasser, Terrorismus oder Krieg. Wir unterstützen eine Reform der UNO mit dem Ziel «Recht vor Macht». Wir wollen eine engagierte Friedens- und Menschenrechtspolitik der Schweiz.
59. Wir tragen die von der UNO im September 2000 verabschiedeten Milleniumsziele zur Bekämpfung von Hunger und Armut sowie zur Verbesserung von Bildung, Gesundheit, Gleichstellung und Qualität der Umwelt mit.
60. Wir führen unser Engagement in der Entwicklungshilfe weiter. Die Schweiz muss ihre Unterstützung der Drittwelt-Staaten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen. Eine geordnete liberale Weltwirtschaft dient der Entwicklung dieser Menschen. Das bedeutet die Aufhebung von restriktiven Zollschränken – namentlich für Güter aus diesen Regionen.

Lebendige Regionen: für Entwicklungsperspektiven in allen Landesteilen

Grundsatz: *Wir wollen, dass in der Schweiz alle Regionen eine gesicherte wirtschaftliche Perspektive haben. Wir lehnen eine schlechende Zentralisierung der Schweiz ab.*

61. Wir verankern die auslaufenden Förderungs- und Unterstützungsmassnahmen für das Berggebiet und den ländlichen Raum auf Gesetzesstufe. Wir fordern eine bessere Zusammenarbeit dieser Gebiete in einer Konferenz für den ländlichen Raum.

62. Wir unterstützen die Konzentration der Mittel für Tourismus und Regionalpolitik. Wir stehen hinter der Förderung des Schweizer Tourismus: Die Bewerbung des «Ferienlandes Schweiz» ist Standortpolitik und daher eine Bundesaufgabe.
63. Die Grundversorgung muss überall in der Schweiz zu vergleichbaren Preisen und in vergleichbarer Qualität flächendeckend gewährleistet sein.
64. Wir wollen die grösseren Agglomerationen in der Lösung ihrer drängenden Zukunftsprobleme unterstützen; namentlich gilt dies für den Verkehr. Der tägliche Kollaps muss abgewendet werden, die Entlastung der Bevölkerung vom Verkehrslärm ist vordringlich.
65. Wir wollen einen starken Service public in der Energie- und Wasserversorgung, im öffentlichen Verkehr, bei der Post, Telekommunikation, Radio und Fernsehen. Der Bund darf sich aus Unternehmungen, welche eine Grundleistung erbringen, nicht vollständig zurückziehen: Wir fordern eine Aktienmehrheit des Bundes von 51% an bundesnahen Betrieben, die eine Grundversorgung sicherstellen.
66. Die Landwirtschaft erfüllt eine wichtige Funktion bei der dezentralen Besiedelung, bei der Erhaltung der Landschaft und des Landschaftsbildes, für den Tourismus sowie für die Versorgung mit Lebensmitteln.

Handlungsfähiger Staat: unsere Positionen für staatspolitische Reformen

Grundsatz: Wir überprüfen unsere staatlichen Institutionen permanent auf deren Effizienz und richten sie auf neue Herausforderungen aus.

67. Wir stehen hinter einer starken Kantons- und Gemeindeautonomie. Gemeinden und Kantone müssen mehr kooperieren und über grössere und effizientere Strukturen verfügen. Mittelfristig sind Strukturbereinigungen vertikal (Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden) und horizontal (Zusammenschlüsse oder Gebietsverschiebungen von Gemeinden) unumgänglich.
68. Wir unterziehen unsere staatlichen Institutionen einer Generalüberprüfung: Wir schöpfen Effizienzgewinne voll aus. Wir prüfen die Idee für Verfallsdaten von Gesetzen. Wir dürfen untaugliche Regelungen nicht einfach weiterführen, weil sie nun mal vorhanden sind.
69. Wir wollen einen starken, handlungsfähigen Bundesrat. Dazu ist er auf 9 Mitglieder aufzustocken und mit einem Präsidialdepartement zu versehen.
70. Wir führen die digitale Signatur und die Möglichkeit für elektronische Abstimmungen und Wahlen ein.
71. Wir fordern, dass alle Bürgerinnen und Bürger auf elektronischem Weg den gesamten Austausch mit den Behörden erledigen können.



CVP Schweiz
Klaraweg 6
Postfach 5835
3001 Bern
www.cvp.ch